

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
und des Anzeigers des Erzgebirges
ausgegeben - 50 Pfennig -
Sonntags - 10 Pfennig Nr. 45.

Veröffentlichung des Anzeigers
und des Anzeigers des Erzgebirges
ausgegeben - 50 Pfennig -
Sonntags - 10 Pfennig Nr. 45.

Telegramme: Copiedat Rasvergette. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 45

Freitag, den 22. Februar 1924

19. Jahrgang

Aus der Geschichte des deutschen Parlamentarismus.

Von Dr. R. H. H. H. H.

Der deutsche Parlamentarismus hat naturgemäß noch keine gefestigte Tradition. Was so wertvoller und notwendiger ist es die Erfahrungen nutzbar zu machen, die in den vergangenen Perioden der parlamentarischen Entwicklung gesammelt worden sind. Es ist deswegen eine überaus dankenswerte Aufgabe, die sich die Schriftensolge „Die Paulskirche“ (Frankfurter Societäts-Verlag G. m. b. H. Buchverlag Frankfurt a. M. 1923) gestellt hat, durch Beiträge zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus das Verständnis für die parlamentarische Entwicklung in Deutschland zu verallgemeinern und zu vertiefen. Und den Zusammenhang zwischen der geschichtlich weit auseinanderliegenden Anfangsperiode des Parlamentarismus, zwischen 1848 und 1918 herauszuheben. Kein Geringerer als Friedrich Bayer, der Restor der deutschen Demokratie, hat diese Schriftenfolge eröffnet. „Immo 48“ nennt er seine politisch-parlamentarische Würdigung der Vorgänge des „tollen Jahres“ und der Verhandlungen in der Paulskirche. Der hohe Wert seiner Darstellung liegt in ihrer inneren Verbindung mit der Gegenwart. „Sollten wir der Männer vergessen, auf deren Schultern stehend wir das große Werk — das demokratische Deutschland — aufzuheben gebracht haben?“ Und Bayer gibt auch sofort die treffende Antwort auf diese Frage. Wir lächeln gern über den durch kein handwerksmäßig geschultes Denken realisierten Idealismus jener Zeit. „Uns wäre besser“, sagt Bayer, „wir wünschten uns etwas von dieser Eigenhaftigkeit.“ Es war in jenem Parlamentarismus wie in der ganzen achtundvierziger Bewegung noch etwas Natürliches, Menschliches und Persönliches, das uns in der Banne unserer Liebesorganisationen und unter dem Druck der überaus gewordenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten allmählich abhanden gekommen ist. Daher hat auch die Beschäftigung mit den achtundvierziger Problemen mit den damaligen Versuchen ihre Lösung und mit dem Bild der Männer, die sich dafür eingesetzt haben, für uns so viel Erfrischendes und Stärkendes.

Dieses Bild wird in einem zweiten Heft festgehalten in dem Dr. A. Rosenbaum zeigt, welchen Männern im Jahre 1848 und später das Volk sein Vertrauen als Abgeordneten schenkte, und in welchem Maße sich die einzelnen sozialen Schichten am parlamentarischen Leben beteiligten. Eine wertvolle Ergänzung dieser Studie gibt in einem weiteren Heft Kurt Schauer, der in einer auch für die Gegenwart überaus lehrhaften Weise zeigt, wie sich in der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche der Einzelne bei Beratung und Beschlussfassung zur Gesamtheit verhielt, wie sich über die Köpfe der Einzelnen hinweg ein Gesamtentscheidungsakt bildete. Groß war damals die Wirkung der Persönlichkeit und die der freien und einbringlichen Rede. Und doch zeigen sich schon damals die Mißerscheinungen, die auch heute noch leider zu oft die praktische Arbeit lähmen. „Die geschichtliche und weltanschauliche Behandlung der Geschichte“, sagt Schauer, „beruht auf einem unpolitischen Idealismus, trägt schwere Mängel an dem Zusammenbruch der Reichsgründungsbestrebungen der Jahre 1848 und 1849.“ Gewiß, das Parlament von 1848 ist nicht im Stände gewesen die deutsche Einheit zu begründen, aber doch hatte Alfred Weber recht, wenn er in seiner Bestrebung nur 75. Wiederkehr der Eröffnung des ersten deutschen Parlamentes, die als Sonderheit in die Schriftenfolge „Die Paulskirche“ angegliedert ist, am 18. Mai 1923 in der Paulskirche ausführte: „Dieses Parlament hat in entscheidungsvollen, schwerem Ringen im Laufe beinahe eines Jahres dasjenige an deutscher Einheit und demjenigen Verfassungsgedankt herausgearbeitet, den der größte deutsche politische Realist des neunzehnten Jahrhunderts etwas mehr als zwanzig Jahre später verwirklicht hat. Alles Grundlegende über den Gesamtcharakter des Reiches, die Verteilung der zentralen und Einzelbefugnisse, seien auf einheitlicher demokratischer Wahlrechtsgrundlage ruhende Aufbau, alles das, in dessen Gehalte wir dann 48 Jahre lang reich, mächtig und angesehen geworden sind, ist in seiner Konzeption, ja bis ins Einzelne der Bestimmungen, das Werk der angeblich weitverbreiteten Verammlung.“ Und wie sehr die Männer der Paulskirche nicht nur hinsichtlich der Konstruktion des staatlichen Organismus, sondern auch in den Fragen der praktischen Politik vorgearbeitet haben, zeigt in einem weiteren Heft der Schriftensfolge Walter Schneider mit einer ausführlichen Darstellung des Wirtschaft und Sozialpolitik im Frankfurter Parlament, aus der sich die für viele wohl überraschende Tatsache ergibt, daß die Verhandlung des Wirtschaftsprogramms schon damals einen ganz besonderen Stellenraum eingenommen hat.

Wenn die Bewegung von 1848, die sich anfänglich unter den glücklichsten Eternen entfalten durfte, unter dem Zwang einer dunklen Reaktion versank, so soll uns das auch heute noch zu denken geben. Mit Recht erinnert Kurt Schauer an den Satz Nießches: „Man geht niemals durch etwas anderes zu Grunde als durch sich selbst.“ Wir stehen heute in noch härteren Kämpfen als unsere Vorfahren 1848, denn wir kämpfen nicht nur im Innern um die Demokratie, sondern nach außen waffenlos gegen die Härte und konkurrenzlose Massenversammlung, die sich in Europa vielleicht niemals gefunden hat. Aber Alfred Weber in seiner Bestrebung in der Paulskirche sprach wahr, wenn er sagte: Wir wissen, daß auch jede äußere Machtposition lediglich auf politischer Grundlage ruht, daß sie schließlich in sich zusammenfällt, wenn ihr etwas härteres Geistes entgegensteht, daß nicht eine bloße Formel, sondern ein lebendiges Verhalten darstellt. Wir stehen in anderer Weise und doch ähnlich in derselben Lage wie die Männer damals, die auch keine Macht für ihre Ideen zur Verfügung hatten. So wenig wie sie werden wir uns dadurch entmutigen lassen.“ In der schwersten und verantwortungsvollsten Stunde der Paulskirche hat einer ihrer Männer gesagt: Das, was wir wollen, des Volkes Gebot die Meinung mutiger Weisen, des Jünglings Hoffnung und der Kraft der Weisen, das kann nicht untergehen! Genau so müssen und wollen auch wir heute stehen.

Sozialistische Interpellationen und Anträge.

Der Vorwärts veröffentlicht die Interpellationen und Anträge, welche die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag eingebracht hat. In der Interpellation wird die Reichsregierung gefragt, ob sie bereit sei, in Uebereinstimmung mit dem englischen Arbeitsminister das Uebereinkommen von Washington über die achtstündige Arbeitszeit zu ratifizieren, ferner, was sie zu tun gedenke, um zu vermeiden, daß durch den anhaltenden Lohnabbau und die übermäßig verlängerte Arbeitszeit die außerordentlich gefährliche Auffassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten. Die eingebrachten Anträge betreffen Änderungen der Verordnung über die Arbeitszeit, der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung, die Frage der Beamtenbefolgung, die Personalabbauverordnung, die Arbeitszeit der Reichsbeamten, die Verordnung über Änderungen der Strafprozessordnungen, die dritte Steuerverordnung usw.

Schließlich wurde folgender Antrag zur Abänderung des Strafgesetzbuches eingebracht: Landesverrat im Sinne des Paragraphen 92 Abs. 1 Nr. 1 bezieht nicht, wer geschwähigter Aufstände betamnt macht, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden herbeizuführen.

Eröffnung der Goldkreditbank am 15. April.

Englische Kredite für die deutsche Industrie? Sich der Dank in Zürich.

Wie es heißt, dürfte aller Voraussicht nach die Goldnotenbank am 15. April mit dem Sitz in Zürich ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Rentenbank und die Rentenmark sollen vorerst weiter bestehen bleiben. Das Kapital für die Goldnotenbank sollen, wie es heißt, die Schweiz, Holland und England geben; außerdem soll diesem Institut das Gold der Reichsbank zur Verfügung stehen. Geldgierig soll sich England verpflichtet haben, der deutschen Industrie weitere Kredite zu gewähren.

Der Bericht der Sachverständigen erst in zwei Wochen zu erwarten.

„Echo de Paris“ teilt über die Beratungen Polincars mit den französischen Sachverständigen am Dienstag mit, daß keine Entscheidungen neuer Art getroffen worden seien. Die Verhandlung habe lediglich Barmentier Gelegenheiten gegeben, das Ministerium über die vom ersten Sachverständigenauschuss bis jetzt durchgeführten Arbeiten in Kenntnis zu setzen. Der Bericht der Sachverständigen sei erst in etwa zwei Wochen zu erwarten.

Moratorium und Aufwertung in französischer Aufmachung.

Aus Paris wird berichtet, daß man von französischer Seite beabsichtigt, zu veranlassen, daß ein Moratorium abhängig gemacht wird von einem Verbot der Aufwertung der inneren deutschen Schulden und der Privatschuldsforderungen deutscher Staatsbürger. Als Grund für diese Maßregel solle dienen, daß die Dauer des Moratoriums abgesetzt werden könne, wenn man die von der deutschen Regierung den Gläubigern zugewilligten Aufwertungsquoten dem Reparationskonto ausliefere.

Nach dem „Korrespondenz“ soll die von den Sach-

verständigen eingesetzte Unterkommission für die nächsten fünf Jahre ein deutsches Währungsgebiet aufzustellen haben, nach dem sich Deutschland zu richten hätte.

Reichskredite für die Wirtschaft.

In 6 Wochen 575,4 Goldmillionen ausgeben.

Auf die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Behrendt und Genossen über die Gewährung von Krediten zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft hat die Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

Seit Mitte Januar hat die Reichsregierung darauf hingewirkt, daß die für die Wiederbelebung der Wirtschaft erforderlichen Kredite reichlicher durch die Reichsbank zur Verfügung gestellt werden, als dem Gesetz, das am 1. Februar von der Reichsbank an Kredite ausgeben waren insgesamt 1188,4 Millionen Goldmark. Gegenüber diesem Betrag war noch am 31. Dezember der entsprechende Bestand an Krediten bei der Reichsbank 591,0 Millionen Goldmark.

Es ergibt sich daraus, daß in sechs Wochen nicht weniger als 575,4 Millionen Goldmark an Krediten von der Reichsbank neu gegeben worden sind.

Wenngleich nun anerkannt werden muß, daß der Kreditbedarf in Deutschland hierdurch nicht befriedigt ist, so muß doch die weitere Kreditgewährung mit Rücksicht auf die Behandlung der Wirtschaft als ein notwendiges Mittel angesehen werden. Die letzten erzielten Verbesserungen des Kreditbedarfes, die zu durchgehenden Repartierungen und vorübergehend gestiegenen Marktläuflichkeiten der Reichsbank in Markt geführt haben, sind Angelegenheiten, die auf Grund bereits gewährter Kredite in einem Maße angefordert werden, dem die deutsche Wirtschaft nicht ohne weiteres zu entsprechen vermag. Das wirksamste Mittel dagegen muß sein, auch der Herbeiführung von Auslandskrediten, die der Reichsregierung besonderes Interesse widmen, die weitere Anbahnung der inländischen Kapitalmittel.

Frankreichs Interim.

Die in einer halbamtlichen französischen Meldung gebrachte Wendung, der päpstliche Kreistag habe ein Ratskomitee eingesetzt, widerspricht, wie wir hören dem klaren Wortlaut der mit dem internationalen Sonderkongress getroffenen Vereinbarungen, dessen Mitglieder die Aufgabe gegeben haben, daß an den staatsrechtlichen Verhältnissen in der Pfalz nichts geändert werde. Die bayerische Regierung ist also die rechtmäßige Behörde in der Pfalz. Die Inanspruchnahme der deutschen Verwaltung wird übrigens von der französischen Bezirksdelegation dadurch ersichert, daß sie entgegen den getroffenen Vereinbarungen auch die nicht ausgewiesenen päpstlichen Beamten erst nach Genehmigung der Rheinlandkommission ihren Dienst wieder aufnehmen lassen wird.

Französische Zustände.

Englische und amerikanische.

Aus Paris wird gemeldet: Die Markthallen waren am Mittwoch fast von Verkäufern leer, die Stände der Engroshändler wurden erst auf päpstliche Intervention hin gegen 11 Uhr geöffnet. Das Douvre-Markthaus schloß mittags 12 Uhr für den ganzen Tag weil der Ansturm der durch die Frankfurter Vertreibung stark unruhigten Bevölkerung so groß war, daß die Abfertigung der Käufer unmöglich gewesen wäre. Mittwoch nachmittag wurde am Gare du Nord das Lebensmittelhaus von Michaels von der Menge gestürmt, und zum Teil ausgeplündert. Auch am St. Antoine Lagen gestern Abend Meldungen von Plünderungen vor, die jedoch nur kleinere Geschäfte betrafen. Die Pariser Produktionswerke blieben auch gestern geschlossen. Die Metrovorkahn erhöht am 23. Februar ihre Karte um 20 Prozent.

Charles Angeffis Herrichts auf Polincars.

In der Mittwochssitzung der Kammer sprach Herrich das Wort zu einem neuen Vorstoß gegen Polincars. Laut „Journal“ nannte Herrich den belgisch-französischen Handelsvertrag eine der Minderheiten des Handelsvertrages und rief dann unter der Spannung des ganzen Hauses: „Unsere Währung sinkt nach wie vor, und Ende ist für uns alle das Schicksal Deutschlands, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, im Sinne bleiben.“

Reichstag.

In der gestrigen Sitzung beantragte Grosse, der Minister für die besetzten Gebiete, die Reichsinterpellationen. Er stellt mit Genugtuung fest, daß die wahlmännliche Gesinnung der Bevölkerung der besetzten Gebiete über jeden Zweifel erhaben sei. Der Separatismus als solcher dürfe im Rheinland endgültig erledigt sein. Es habe den Anschein, als ob die Franzosen, nachdem sie ihr Ziel durch den Separatismus nicht er-